

Rechtsticker Nahverkehr

+++aktuelle Urteile+++neue Vorschriften+++Vergaben+++

Bundeskabinett hat PBefG beschlossen

Das Bundeskabinett hat am 03.08.2011 den Entwurf zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beschlossen. Mit dem neuen Gesetz soll vor allem die Liberalisierung des Fernbusverkehrs umgesetzt werden. Nach dem Entwurf

bleibt es beim Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre. Die zuständigen Landesbehörden sollen Genehmigungsbehörden bleiben. Direktvergaben an interne Betreiber und bei kleineren Aufträgen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind nach dem Gesetzentwurf zulässig. Dabei sollen mittelständische Interessen berücksichtigt werden und eine Losaufteilung stattfinden. Für Nachprüfungen der direkten Vergaben verweist der Entwurf auf das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und dessen vergaberechtlichen Rechtsschutz. Der Entwurf konkretisiert das wettbewerbliche Verfahren nach der VO (EG) 1370/2007 und nennt dessen Voraussetzungen.

Das Gesetz wird voraussichtlich ab Herbst 2011 im Bundestag behandelt. Danach bedarf es noch der Zustimmung des Bundesrates. Ein Inkrafttreten bis zum 01.01.2012 erscheint möglich. Jedoch gibt es bereits massive Kritik von Verbänden am PBefG-Entwurf, die eine problemlose Passierung des Entwurfs im Bundestag und Bundesrat nicht erwarten lassen.



Dr. Ute Jasper



Dr. Kristina Neven-Daroussis



Dr. Daniel Soudry

HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK
Düsseldorf

dass die Trennung von Schienennetz und -betrieb („Unbundling“) nicht Teil des „Recasts“ ist.

Folgender Zeitplan ist vorgesehen: Am 11.10.2011 wird das Europäische Parlament seinen Abschlussbericht vorlegen. Am 14.11.2011 findet dann im Europäischen Parlament die erste Lesung statt. Die Erörterung im Rat erfolgt am 12.12.2011.

Rat beschließt „Recast“ zum ersten Eisenbahnpaket

Die Europäische Kommission hat am 17.09.2010 einen Vorschlag für die Neufassung („Recast“) des ersten europäischen Eisenbahnpaketes vorgelegt. Das Eisenbahnpaket regelt den nicht-diskriminierenden Zugang zur Eisenbahninfrastruktur. Die Neufassung soll bestehende Unzulässigkeiten, Unklarheiten und Lücken beseitigen. Am 16.06.2011 hat der Rat eine allgemeine Ausrichtung zum „Recast“ beschlossen: Die Regulierungsaufsicht wird reguliert, weiter sind Regelungen zur Infrastrukturfinanzierung und Trassenentgelten enthalten, die Unabhängigkeit des Infrastrukturbetreibers von den Eisenbahnunternehmen soll erhalten bleiben.

Die Bemühungen der Kommission werden stark diskutiert. Auf der einen Seite werden unabhängige und durchsetzungsfähige nationale Regulierungsbehörden begrüßt. Kritisiert wird aber,

OLG Düsseldorf verschärft Anforderungen an Vertragsanpassungen

Langfristige Verträge mit kommunalen Unternehmen sind ohne Vergabeverfahren künftig noch schwieriger zu schließen und anzupassen. Dies folgt aus einem aktuellen Beschluss des OLG Düsseldorf vom 28.07.2011 (Az. VII-Verg 20/11).

In der Entscheidung ging es um neue Abfallentsorgungsaufgaben, die in einen bestehenden langfristigen Vertrag einbezogen werden sollten. Neue Leistungen können – so dass OLG – nicht ohne Vergabeverfahren in einen bestehenden Vertrag einbezogen werden, wenn er nur allgemeine Anpassungsklauseln enthält (so bereits OLG Celle). Solche Klauseln seien im Sinne der Transparenz und Gleichbehandlung bedenklich. Verträge können nur dann ohne Vergabeverfahren geändert werden, wenn bereits der Ausgangsvertrag Umstände und Richtung der Änderung vorgibt.